

# presse

---

AG Bildung und Forschung

## Parlament fordert die Europäische Kommission zur Wahrung der Kompetenzen auf

*Anlässlich des heutigen Votums im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung über den Entschließungsantrag zur Gemeinsamen Forschungsplanung in der Europäischen Union erklären die zuständigen Berichterstatter der Koalitionsfraktionen **René Röspel** (SPD) und **Carsten Müller** (CDU/CSU) sowie die forschungspolitischen Sprecher **Jörg Tauss** (SPD) und **Stefan Müller** (CDU/CSU):*

Heute hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung einstimmig den von der Koalition eingebrachten Entschließungsantrag zum Vorschlag der Europäischen Kommission zur Gemeinsamen Forschungsplanung angenommen. Die Kommission schlägt eine stärkere Koordinierung und Bündelung von nationalen Forschungsprogrammen innerhalb der Europäischen Union vor.

Mit der EntschlieÙung positioniert sich der federführende Ausschuss gegenüber diesem neuen europäischen Forschungsansatz kritisch und sieht erheblichen Änderungsbedarf. Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung fordert insbesondere eine stärkere Einbeziehung der Wissenschafts- und Forschungsgemeinschaft in den Prozess, eine originäre und zusätzliche finanzielle Beteiligung der Europäischen Kommission und die Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedsstaaten.

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung begrüÙt grundsätzlich das Engagement der Kommission im Bereich Forschung. Aber über die nationalen Forschungsprogramme entscheiden auch künftig deren Geldgeber - die nationalen Parlamente. Und das muss auch so bleiben.

Anhang: der einstimmig beschlossene Entschließungsantrag

([http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs\\_datei/0,,10715,00.pdf](http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,10715,00.pdf))